

Offener Brief: Tiefe Geothermie in Rheinland-Pfalz.

Pfalz *Parterre* fordert strengere Regeln.

Sehr geehrte Damen und Herren,

Nachdem sich die Aufnahme des Regelbetriebs des seit 2014 abgestellten Geothermie-Kraftwerks in Landau verzögert und das Insheimer-Kraftwerk sich mit verminderter Leistung von einer Verlängerung des Hauptbetriebsplans zur nächsten hangelt, bleibt die Frage nach der langfristigen Zukunft der „Tiefen Geothermie“ im Lande weiter unbeantwortet. Trotz der Aussage der Landesregierung, die „Tiefe Geothermie“ spiele in den Überlegungen zur Umsetzung der Energiewende in Rheinland-Pfalz nur noch eine untergeordnete Rolle und der stark nachgelassenen Euphorie in Kreisen der Landesregierung, gibt es Planungen von interessierten Kreisen, neue Projekte auf den Weg zu bringen.

Landau und Insheim werden wohl noch geraume Zeit mit den beiden Bestandsanlagen leben müssen, sollte die Politik nicht zu einer Lösung finden, den Weiterbetrieb der Anlagen zu unterbinden. Hier schließen wir uns der bereits 2014 im Landauer Stadtrat mit großer Mehrheit verabschiedeten Resolution an, die eine mittelfristige Abstellung der Landauer Anlage forderte. Nur die „Grünen“ enthielten sich damals. Hier sehen wir einen Handlungsansatz, den es weiter zu verfolgen und endlich umzusetzen gilt.

Da das völlig veraltete Bergrecht, das die Erschließung von Botenschätzen über das Sicherheitsinteresse der Bürgerschaft stellt, muss in vielen Punkten reformiert werden auch wenn das den Lobbyisten des Bohrlochbergbaus nicht ins Konzept passt.

Bleibt das Problem der Neuprojekte, die mit finanziellen Mitteln aus unbekanntem Quellen ausgestattet werden, deren Protagonisten die Tiefe Geothermie auf Grund der Zwänge, den Energiewandel in die Tat umzusetzen und der Möglichkeit üppiger Subventionen, als gewinnversprechende Methode ansehen, Wertschöpfungsketten zu generieren.

Mit unserem Forderungskatalog appellieren wir an Sie, die Vertreter der Landesregierung, endlich zu handeln und sich nicht hinter den seit Jahren verbreiteten Floskeln zu verstecken. Herrn Minister Wissing fordern wir auf, unsere Aufforderung zu einem Gespräch Folge zu leisten und sich nicht konfliktscheu hinter der „Grünen“ Umweltministerin, Frau Höfken, zu verstecken.

Hier finden Sie den bereits in unsere Jahresvorschau angekündigten und vorgestellten Forderungskatalog, der bereits in der regionalen Presse veröffentlicht wurde.

1. Reform des Bergrechts.
2. Bürgerbeteiligung von Anfang an. Einbindung aller Bürger im Einwirkungsbereich des geplanten Kraftwerks.
3. Umweltverträglichkeitsprüfungen sowohl am Standort des Kraftwerks, als auch im Umfeld der Bohrlandepunkte, zwingend vorschreiben.
4. Offenlegung der geplanten Bohrlandepunkte.
5. Abstandsregelung Bohrlandepunkte zur Wohnbebauung.
6. Permanentes Grundwasser-Monitoring im gesamten Einwirkungsbereich des Kraftwerks.
7. Ermittlung des Ist-Stands an Gebäuden in einem Radius 500m um die Bohrlandepunkte auf Kosten der Betreiber (wichtig bei Schadensereignissen die durch den Kraftwerksbetrieb verursacht sein können).
8. Unbürokratische Schadensregulierung. Stichworte Fonds-Lösung und Landesbürgschaften.
9. Rücklagenbildung durch den Betreiber für einen Rückbau zwingend vorschreiben.
10. Verbot des als hydraulische Stimulation bezeichneten Fracking.
11. Druckobergrenze für die Reinjektion auf max. 50 bar begrenzen.
12. Mitteilungspflicht bei Abweichungen vom Regelbetrieb.
13. „Sorgentelefon“ einrichten.
14. Einheitliche Zuständigkeiten für den ober- und unterirdischen Betrieb aller GWK's.
Getrennte Zuständigkeiten durch die Gewerbeaufsicht und das Bergamt haben sich als ungünstig und dadurch auch teilweise absolut unprofessionell herausgestellt.
15. Regelmäßige Kontrollen durch die Behörden.
16. Brutto-Stromförderung auf Netto-Stromförderung umstellen.
17. Bei Wärmenetzen, Versorgungsgarantie durch Kraftwerksbetreiber und Netzbetreiber gemeinsam.

Wir betrachten diese Schreiben als weiteren Versuch zu einer Diskussion zum Thema unseren Beitrag zu leisten. Auf keinen Fall darf es dazu kommen der Industrie die Initiative zum Handeln zu überlassen. Maßgeschneiderte Lösungsmodelle, die letztendlich dazu dienen sollen, den alten Zustand für die Zukunft festzuschreiben, darf es und wird es mit uns nicht geben.

Über eine schnelle Rückmeldung würden wir uns freuen.

Hochachtungsvoll

Ute & Jürgen Bauer

Monika & Thomas Hauptmann

Verteiler:

Ministerpräsidentin, Frau Malu Dreyer (SPD)
Umweltministerin, Frau Ulrike Höfken (Grüne)
Wirtschaftsminister, Herr Dr. Volker Wissing (FDP)
MdL Herrn Alexander Schweitzer (SPD)
MdL Frau Julia Klöckner (CDU)
MdL Frau Christine Schneider (CDU)
MdL Herr Martin Brandl (CDU)
MdB Herr Thomas Gebhart (CDU)